

2.1 Grundlegende Aspekte der Abgeltungsteuer

Zum 01.01.2009 wurde eine Abgeltungsteuer auf private Kapitalerträge und Wertpapierveräußerungsgewinne eingeführt. Die Abgeltungsteuer ersetzt die bislang geltenden Regeln zur Kapitalertragbesteuerung und die grundsätzliche Deklarationspflicht für private Kapitaleinkünfte in der Steuererklärung. Gleichzeitig wurde die Besteuerung von ebenfalls bis dato der Deklarationspflicht unterliegenden privaten Wertpapierveräußerungsgeschäften und von als Finanzinstrumente ausgestalteten Termingeschäften reformiert.

Die Abgeltungsteuer ist im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform der Koalition aus CDU/CSU und SPD im Jahr 2007 zu sehen. Folgt man der Gesetzesbegründung, wurde das Ziel verfolgt, durch positive und negative Anreize die Verlagerung von Besteuerungssubstrat ins Ausland zu vermeiden (BT-Drucksache 16/4841, Seiten 1 und 30). Hierzu sollte – als positives Anreizmoment zur Repatriierung von im Ausland angelegtem Kapital – die Abgeltungsteuer mit ihrem einheitlichen, regelmäßig deutlich unter dem persönlichen (Grenz-)Steuersatz liegenden Steuersatz beitragen.

Maßgebendes Charakteristikum der Abgeltungsteuer ist die Ausweitung der Einkünfte aus Kapitalvermögen auf die Wertveränderungen des Vermögensstamms der Kapitalanlage. Damit werden die Tatbestände, die bis 2008 als privates Veräußerungsgeschäft („Spekulationsgeschäfte“) nur temporär, nämlich innerhalb einer einjährigen Haltedauer, der Besteuerung unterlagen, vollumfänglich in die Besteuerung als Einkünfte aus Kapitalvermögen einbezogen. Somit gelten neben Zinsen und Beteiligungserträgen auch Kursgewinne aus Wertpapieren aller Art sowie Gewinne aus Termingeschäften ohne Begrenzung auf eine bestimmte Haltedauer als Kapitalerträge. Eine steuerliche Schonung von Langfristanlagen besteht grundsätzlich nicht (Ausnahme: Lebensversicherungen).

Zwei Aspekte der Abgeltungsteuer führen dazu, dass sich Steuerexperten verstärkt mit dem Thema Kapitalmaßnahmen befassen müssen:

- Die Ausweitung des Steuerabzugs auf realisierte Wertveränderungen auch von Aktien und Anleihen, die eine korrekte Erfassung von steuerlichen Anschaffungs- und Veräußerungsdaten der Wertpapiere erforderlich macht, und
- die Einbeziehung von Gewinnausschüttungen ausländischer Kapitalgesellschaften in den Steuerabzug.

Bis zur Einführung der Abgeltungsteuer spielten Kurswerte oder Anschaffungskosten von Aktien im Rahmen des Kapitalertragsteuerabzugs keine Rolle. Besteuert wurden lediglich Erträge aus Dividendenausschüttungen und Zinszahlungen. Veräußerungsvorgänge – und damit verbunden Erwerbs- und Veräußerungskurse von Wertpapieren – waren lediglich im Bereich der sog. Finanzinnovationen von Relevanz. Darüber hinaus wurden weder Geld- noch Sachausschüttungen ausländischer Kapitalgesellschaften in den Steuerabzug durch die inländischen Kreditinstitute einbezogen. Mit der Ausweitung der Steuerabzugspflicht der Kreditinstitute ergab sich die Notwendigkeit einer Klassifikation ausländischer Sachausschüttungen und insbesondere eine Abgrenzung zu Kapitalmaßnahmen im engeren Sinne (z. B. Bonusaktie vs. Gratisaktie).

2.2 Welche Wertpapierbestände werden von der Abgeltungsteuer erfasst?

Für die steuerliche Situation des Aktionärs kommt es entscheidend darauf an, zu welchem Zeitpunkt er die Aktienanlage erworben hat:

- Soweit der Erwerb der Aktien vor 2009 erfolgte, sind weder stille Reserven noch stille Lasten der Abgeltungsteuer unterworfen. Spätestens seit dem Jahr 2010 (mit Ablauf der einjährigen Behaltefrist des § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG alte Fassung) sind diese sogenannten Altbestände steuerfrei veräußerbar. Ausnahmen: Der Anleger ist zu mindestens einem Prozent an der Kapitalgesellschaft beteiligt oder er hält die Beteiligung im Betriebsvermögen. In diesen beiden Fällen unterliegt ein Veräußerungsgewinn generell der Besteuerung.
- Demgegenüber ist der ab 2009 aufgebaute Aktienbestand vollumfänglich abgeltungssteuerverstrickt.

Beispiele:

Anleger A erwarb im Jahr 1968 ein Aktienpaket des D-Konzerns. Die Beteiligung beträgt weniger als 1 Prozent des Aktienkapitals und wird im Privatvermögen gehalten. Im Jahr 2009 verkaufte A das Paket und erzielte hieraus einen Gewinn von 25.000 Euro. Der Gewinn ist für A steuerfrei, weil (1) die Abgeltungsteuer die vor 2009 erworbenen Bestände nicht erfasst und (2) – unter Berücksichtigung der vor 2009 bestehenden Rechtslage – der Verkauf zudem außerhalb der einjährigen Behaltensfrist des § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG in der bis Ende 2008 gültigen Fassung stattgefunden hat.

Im Jahr 2009 erwirbt A erneut ein Aktienpaket des D-Konzerns. Die Beteiligung bleibt weiterhin unter einem Prozent des Aktienkapitals. Im Jahr 2010 verkauft er die Aktien mit einem Gewinn von 1500 Euro. Der Gewinn unterliegt im Jahr 2010 der Abgeltungsteuer.

Differenzierter zu beurteilen ist die Situation des Fremdkapitalgebers: Bei der Begebung von Unternehmensanleihen kommt es darauf an, ob diese als Finanzinnovation ausgestaltet sind oder klassische Festverzinsliche sind. Finanzinnovationen unterliegen, auch wenn sie vor 2009 erworben wurden, bei Veräußerung oder Einlösung ab 2009 der Abgeltungsteuer. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass der Gesetzgeber die jüngere Rechtsprechung des BFH, durch die der Anwendungsbereich der alten Vorschriften zu Finanzinnovationen (§ 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 EStG in der bis Ende 2008 gültigen Fassung) eingeschränkt wurde, auszuhebeln versucht hat. Als Finanzinnovationen im Lichte der Übergangsregeln für die Abgeltungsteuer gelten auch Anleihen mit Teilrückzahlungsgarantie und Anleihen, bei denen die Trennung zwischen Ertrags- und Vermögensebene möglich erscheint.

Handelt es sich dagegen um eine klassische festverzinsliche Anleihe, die vor dem 01.01.2009 vom Anleger erworben wurde, unterliegt die Veräußerung und Einlösung ab 2009 nicht der Abgeltungsteuer. Im Bereich der Vollrisikozertifikate, also Produkten ohne Ertrags- oder Rückzahlungsgarantie, sah sich der Gesetzgeber veranlasst, den Bestandschutz zusätzlich einzuschränken, indem bereits ab dem 15.03.2007 erworbene Bestände – nach Ablauf einer bis 30.06.2009 gewährten Schonfrist – in die Abgeltungsteuer einbezogen werden.

In Tab. 2.1 wird die Übergangsregelung für die Veräußerungsgewinnbesteuerung im Überblick dargestellt.

Tab. 2.1 Übergangsregelung für Veräußerungsgewinne

	Erwerb bis 14.03.2007	Erwerb ab 15.03.2007 bis 31.12.2008	Erwerb ab 01.01.2009
Aktien	Keine Abgeltungsteuer		Abgeltungsteuer
Fondsanteile	Keine Abgeltungsteuer ^a		Abgeltungsteuer
Festverzinsliche Wertpapiere ^b	Keine Abgeltungsteuer		Abgeltungsteuer
Finanzinnovationen ^c	Abgeltungsteuer		
Vollrisikozertifikate ^d	Keine Abgeltungsteuer	Abgeltungsteuer ^e	

^a Besondere Übergangsregeln gelten u. a. für steueroptimierte Geldmarktfonds und „Millionärsfonds“; ^b Nicht-Finanzinnovationen; ^c Nach Emissionsbedingungen zumindest teilweise Kapitalsicherung; ^d Totalverlust nach Emissionsbedingungen zumindest theoretisch möglich; ^e Bei nach dem 14.03.2007, aber vor dem 01.01.2009 erworbenen Vollrisikozertifikaten bestand bis 30.06.2009 eine Schonfrist in Bezug auf die Abgeltungsteuer. Ab 01.07.2009 gilt auch für diese Zertifikate die Abgeltungsteuer. Bei Veräußerung bzw. Einlösung noch in 2009 erfolgte bei diesen Zertifikaten innerhalb der einjährigen Haltefrist vorrangig eine Besteuerung nach § 23 EStG a. E.

2.3 Begrenzung des Werbungskostenabzugs

Eine bedeutende Umstellung bildet auch die Begrenzung des Werbungskostenabzugs auf pauschal 801 Euro (bei Ehegatten/Lebenspartnern: 1602 Euro). Daneben können nur die unmittelbar mit der Veräußerungs- oder Einlösungstransaktion zusammenhängenden Kosten bei den Einkünften aus Kapitalvermögen gesondert abgezogen werden.

Damit ist für den privaten Kapitalanleger eine Fremdfinanzierung der Kapitalanlage (z. B. Erwerb von Aktien auf Kredit) steuerlich eher nachteilig. Die Kreditzinsen können nicht mehr uneingeschränkt bei den Einkünften aus Kapitalvermögen abgezogen werden, auch wenn von vornherein beim kreditfinanzierten Erwerb der Kapitalanlage die Erzielung eines Kursgewinns im Vordergrund stand.

2.4 „Unvollkommene“ Wertzuwachsbesteuerung

Obwohl mit der Einführung der Abgeltungsteuer ausdrücklich die bis dahin gültige Trennung von Vermögens- und Ertragebene aufgegeben wurde und letztendlich jeder Wertzuwachs im Bereich der privaten Kapitalanlage steuerlich erfasst wird, hält die Finanzverwaltung an ihrer bereits vor der Einführung der Abgeltungsteuer vertretenen Auffassung fest, dass der Verfall einer Kapitalanlage (z. B. Verfall eines Optionsscheins, eines Knock-out-Zertifikates oder der Forderungsausfall) steuerlich unbeachtlich sei¹. Ob diese Sichtweise zutreffend ist, werden wohl erst die Finanzgerichte klären.

2.5 Ermittlung der Abgeltungsteuer ähnelt der Veranlagung

Die Abgeltungsteuer zielt auf einen für den Anleger endgültigen Steuerabzug auf Ebene der konto- und depotführenden Stellen. Entsprechend diesem Grundkonzept wurde das System des Steuerabzugsverfahrens (bis 2008: als Zinsabschlag bzw. als Kapitalertragsteuer bezeichnet) überarbeitet. Die zum Steuerabzug verpflichteten inländischen auszahlenden Stellen (konto- und depotführende Kreditinstitute im Inland) sollen den Steuerabzug mit für den Kunden (Steuerpflichtigen) abgeltender Wirkung vornehmen. Hierzu wurden besondere Berechnungsmodalitäten für den Steuerabzug entwickelt. Bei der Berechnung der Höhe des vorzunehmenden Steuerabzugs werden fortlaufend positive und negative Kapitalerträge (z. B. Veräußerungsverluste oder gezahlte Stückzinsen) miteinander verrechnet. Ausländische Quellensteuern werden – sofern die Anrechnungsvoraussetzungen gegeben sind – bereits auf Ebene der Kreditinstitute auf die deutsche Kapitalertragsteuer angerechnet. Auch ein Wechsel der Bankverbindung soll diesen Verrechnungsprozess nicht unterbrechen. Steuerliche Daten, die bei einer Bank gespeichert sind

¹ Vgl. BMF-Schreiben vom 9.10.2012, Gz. IV C 1 – S 2252/10/10013, Rz. 8a, 27, 32, 60.

(Anschaffungskosten, Verlustausgleichsvolumen, Quellensteuerüberhang), werden automatisch bzw. auf Antrag zwischen den Kreditinstituten übertragen.

Zu beachten ist jedoch, dass Verluste aus der Veräußerung von Aktien nur mit Gewinnen aus der Veräußerung von Aktien verrechnet werden können. Der Gesetzgeber hat hier zur Erzielung eines vordergründigen fiskalischen Mehrergebnisses den Grundsatz durchbrochen, dass alle Kapitalanlagen gleichwertig sind und positive und negative Ergebnisse somit uneingeschränkt miteinander zu verrechnen sind. Diese steuerrechtliche Ausgangssituation ist besonders bei Kapitalmaßnahmen von Relevanz. Hierauf wird bei den einzelnen Maßnahmen besonders eingegangen.

2.6 Schema für die Ermittlung der Abgeltungsteuer durch inländische Banken

Es gilt folgendes in Abb. 2.1 dargestellte Schema bei der Ermittlung der Abgeltungsteuer (ohne SolZ, KiSt):

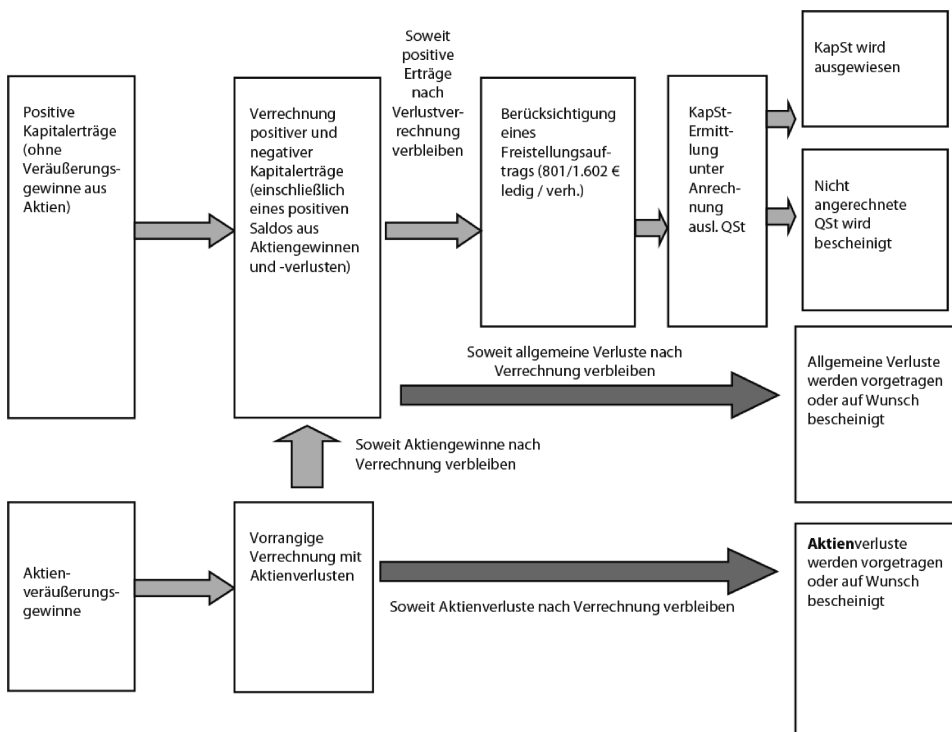


Abb. 2.1 Ermittlung der Abgeltungsteuer durch inländische Banken

2.7 Für wen gilt die Abgeltungsteuer?

Es muss unterschieden werden zwischen dem Steuerabzug und der steuerlichen Wirkung auf Ebene des jeweiligen Anlegers (Tab. 2.2). Die Abgeltungsteuer fokussiert auf den privaten Kapitalanleger. Nur bei diesem hat der Steuerabzug abgeltende Wirkung. Ist ein Anleger zu mindestens mit einem Prozent an einer Kapitalgesellschaft beteiligt und veräußert seine (aus steuerlicher Sicht damit: „wesentliche“) Beteiligung, erzielt er Einkünfte aus Gewerbebetrieb, für die es beim Veranlagungsprinzip und bei der Anwendung des persönlichen Steuersatzes bleibt (§ 17 EStG). Gleiches gilt, wenn ein Anleger eine Kapitalanlage im Betriebsvermögen hält².

Zudem gilt für betriebliche Beteiligungen an Kapitalgesellschaften das sog. Teileinkünfteverfahren, d. h. es unterliegen 60 Prozent der Beteiligungserträge der Besteuerung, umgekehrt werden Verluste nur zu 60 Prozent steuerlich berücksichtigt (§§ 3 Nr. 40, 3c EStG). Wird die Kapitalanlage von einer Kapitalgesellschaft gehalten, findet das körperschaftsteuerliche Schachtelprivileg Anwendung, wonach – ab 10 Prozent Beteiligungs-

Tab. 2.2 Übersicht: Für welche Aktionäre gilt die Abgeltungsteuer?

Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft wird im Privatvermögen gehalten		Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft wird im Betriebsvermögen gehalten
<i>Beteiligungsquote: weniger als ein Prozent</i>	<i>Beteiligungsquote: ein Prozent oder mehr</i>	<i>Jegliche Beteiligungsquote</i>
Dividenden unterliegen der Abgeltungsteuer: 25 %	Dividenden unterliegen der Abgeltungsteuer: 25 %	Dividenden stellen Betriebseinnahme dar. Einkommensteuerpflicht, Teileinkünfteverfahren (40 % der Dividende steuerfrei); Körperschaftsteuerpflicht, ab 10 % Beteiligungsquote gilt körperschaftsteuerliches Schachtelprivileg (5 % der Dividende gilt als nicht abzugsfähige Betriebsausgabe); Gewerbesteuer (ab 15 % Beteiligung gilt jedoch Schachtelprivileg)
Veräußerungsgewinne und -verluste unterliegen der Abgeltungsteuer	Veräußerungsgewinne und -verluste stellen Einkünfte aus Gewerbebetrieb dar (§ 17 EStG). Einkommensteuerpflicht, Teileinkünfteverfahren (40 % der Gewinne sind steuerfrei) Gewerbesteuerpflicht (soweit nicht steuerfrei)	Veräußerungsgewinne und -verluste stellen Einkünfte aus Gewerbebetrieb dar. Einkommensteuerpflicht, Teileinkünfteverfahren (40 % der Gewinne sind steuerfrei), Körperschaftsteuerliches Schachtelprivileg (5 % der Gewinne gelten als nicht abzugsfähige Betriebsausgabe), Gewerbesteuerpflicht (soweit nicht steuerfrei)

² Zu den Voraussetzungen vgl. Brinkmann, StBP 2012, S. 209 ff. und S. 250 ff. unter Verweis auf BFH-Urteile VIII R 1/08 und VIII R 18/09.

quote – 95 Prozent der Dividenden und – derzeit noch ohne Mindestbeteiligungsquote – Veräußerungsgewinne steuerfrei bleiben, Verluste aus der Beteiligung jedoch zu 100 % steuerlich unberücksichtigt bleiben (§ 8b KStG). Siehe Übersicht Tab. 2.2.

Eine Sonderproblematik ergibt sich in folgender Konstellation: Der private Depotanleger hält eine Beteiligung von 1 Prozent oder mehr an einer Aktiengesellschaft. Er veräußert die Anteile mit Gewinn (alternativ: mit Verlust). Die Bank berechnet hierauf Abgeltungsteuer. Das Vorliegen einer „wesentlichen Beteiligung“ ist der Bank nicht bekannt. Im Rahmen der Veranlagung ist der Veräußerungsvorgang als Einkünfte aus Gewerbebetrieb zu versteuern (§ 17 EStG). Bei Veräußerung mit Gewinn kann grundsätzlich die von der Bank abgeführte KapSt auf die in der Veranlagung festzusetzende ESt angerechnet werden. Bei Veräußerung mit Verlust können sich dagegen Komplikationen ergeben: Die Bank behandelt den Verlust als Aktienverlust im sog. Aktientopf – verrechnet diesen ggf. mit im selben Jahr oder in künftigen Jahren erzielten Aktienveräußerungsgewinnen. Im BMF-Schreiben vom 16.12.2014 (GZ: IV C 1 – S 2252/14/10001:001, DOK: 2014/1106737) ist detailliert dargestellt, wie die Korrektur dieser Vorgänge zu erfolgen hat.

2.8 Steuerabzug auf Veräußerungsgewinne bei betrieblichen Anlegern

Der Gesetzgeber hat Vorkehrungen getroffen, dass betriebliche Anleger durch die Systemumstellung nicht übermäßig belastet werden. Gerade weil bei dieser Anlegergruppe der Steuerabzug generell keine abgeltende Wirkung entfaltet, vielmehr weiterhin einen reinen Vorauszahlungscharakter in Bezug auf die festzusetzende Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld hat, gibt es hier Ausnahmen vom Steuerabzug. Neue Abzugstatbestände wie Wertpapierveräußerungsgewinne, Termingeschäfte, Einkünfte aus Stillhalterpositionen, werden auf Ebene des Kreditinstituts aufgrund der Rechtsform automatisch (z. B. bei AG, GmbH als Kapitalgläubiger) oder auf Antrag (z. B. bei Einzelunternehmern oder Personengesellschaften) vom Steuerabzug freigestellt. Es bleibt dann im Wesentlichen bei den klassischen Abzugstatbeständen: inländische Zinsen und inländische Dividenden.

Fazit:

Die Neuerungen im Steuerrecht der Kapitalmaßnahmen ergeben sich vorzugsweise beim privaten Kapitalanleger, der zu weniger als 1 Prozent an einer Kapitalgesellschaft beteiligt ist. Nur in diesen Fällen greifen die materiellrechtlichen Sonderregeln der Abgeltungsteuer in Bezug auf Veräußerungsvorgänge.

Kapitalmaßnahmen

Steuerliche Bewertung und Einstufung

Port, M.; Steinlein, F.

2015, XI, 259 S. 11 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-06975-9